



Oberlandesgericht Hamm, 59061 Hamm

21.12.2010

Seite 1 von 3

An den  
Vorstand des Bundes der Richter  
und Staatsanwälte in NRW,  
Landesverband des Deutschen Richterbundes  
Martin – Luther – Str. 11  
59065 Hamm  
nachrichtlich

an das  
Justizministerium des Landes  
Nordrhein-Westfalen  
40190 Düsseldorf

Aktenzeichen  
547 IT-Ausst. (allg.) – 11. 427  
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter/in  
~~Herr~~ Dr. Malik  
Durchwahl  
02381 272-5531

## IT - Ausstattung der Gerichte im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm

Interview mit Herrn Justizminister Kutschaty in der RiStA - Ausgabe 6 / 2010

Das o. b. Interview enthält auf Seite 8 folgende Passage:

***„Frage RiStA: Die meiste Schreibarbeit im richterlichen Dienst wird bei den Amtsgerichten erledigt, und gerade dort befinden sich auch Computer, die bei den Oberlandesgerichten aussortiert worden sind. Behördenleiter und Obergerichte haben oft eine andere Sachausstattung, als gerade diejenigen, welche quantitativ am häufigsten auf EDV-gestützte Verfahren zugreifen“.***

Hierzu stelle ich Folgendes fest:

Der jährliche Reinvestitionsbedarf für Hardware wird grundsätzlich auf **Basis der IT-Statistik und früherer Beschaffungen durch die Zentrale IT - Beschaffungsstelle** unter **Zugrundelegung von Reinvestitionszyklen** ermittelt.

Diese sind aktuell wie folgt:

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Heßlerstraße 53  
59065 Hamm  
Dezernat 9

Telefon 02381 272-0  
Telefax 02381 272-518  
verwaltung@olg-  
hamm.nrw.de

Internet:  
[www.olg-hamm.nrw.de](http://www.olg-hamm.nrw.de)

Öffentliche Verkehrsmittel:  
ab Hbf. mit Linie 6 oder 33  
bis Haltestelle  
Widumstraße / OLG



<b>Produkt \ Produktgruppe</b>	<b>Zyklus</b>
Server	5 Jahre
PC-Konfiguration	5 Jahre
Notebooks	5 Jahre
Monitore	6 Jahre
Drucker Serviceeinheit	4 Jahre
Sonstige <b>Druckersysteme</b> (u.a. Arbeitsplatz- und Farblaserdrucker)	6 Jahre
Aktive Netzkomponenten	8 Jahre
Router	8 Jahre
Zeiterfassungssysteme	6 Jahre

Das JM Nordrhein- Westfalen stellt grundsätzlich nur den **so ermittelten Rein-vestitionsbedarf** dem Geschäftsbereich **zweckgebunden** zur Verfügung, wobei die mittelverwaltenden Behörden neben den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit (§ 7 LHO) im Einzelnen noch Folgendes zu beachten haben:

- Beschaffungsmaßnahmen von Notebooks, Handheld - PCs sowie TFT - Monitoren größer 22" bedürfen der Einwilligung des JM Nordrhein - Westfalen. Reinvestitions- und **Ersatzbeschaffungsmaßnahmen** sind davon ausgenommen.
- **Reservebestände** an PC und Druckern sollten 2% des **Gesamtgerätebestands** des Geschäftsbereichs nicht überschreiten.
- Einer Ausnahmegenehmigung von den allgemein gültigen **Ausstattungsstandards** bedarf es nicht, wenn eine entsprechende ärztliche Verordnung vorliegt. In diesen Fällen ist vor Einleitung einer **Beschaffungsmaßnahme** die zuständige Hauptfürsorgestelle zu beteiligen.

Sowohl Art als auch **Umfang der Reinvestitionsmaßnahmen** stehen somit zu Beginn eines jeden Haushaltsjahres **für alle Behörden nachvollziehbar** und **für die Bestellbehörden nicht mehr veränderbar** fest. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des JM Nordrhein - Westfalen.

Auf Grund dieser Modalitäten ist für den hiesigen Geschäftsbereich **ausgeschlossen**, dass „**Computer, die bei den Oberlandesgerichten aussortiert worden sind, sich bei den Amtsgerichten befinden**“ und

**„Behördenleiter und Obergerichte oft eine andere Sachausstattung haben“.**

Seite 3 von 3

Für eine entsprechende Richtigstellung wäre ich dankbar.

Im Auftrag  
Dr. Malik

Beglaubigt

Justizbeschäftigte

